



10 Hebel für fiskalischen Spielraum

Überblick über Handlungsoptionen, die langfristige
fiskalische Spielräume schaffen und die Umstel-
lung der deutschen Industrie auf zukunftsfähige
Technologien sichern

Impressum

Sprecher und Mitglieder des Fachrats (Leitautor:innen)

Jonathan Barth (Sprecher), Kristina Jeromin, Prof. Dr. Tom Krebs, Dr. Anna Leipprand, Tariq Noori, Dr. Martin Pehnt, Frank Peter

Mitautor:innen:

Lydia Korinek und Sebastian Kiecker

Editorin

Julia Besendorf

Bitte zitieren als

Fachrat Energieunabhängigkeit (2023): Zehn Hebel für fiskalischen Spielraum. Überblick über Handlungsoptionen, die langfristige fiskalische Spielräume schaffen und die Umstellung der deutschen Industrie auf zukunftsfähige Technologien sichern.

Transparenz

Wir sind dankbar für die Unterstützung unserer Förderer, welche diese Arbeit möglich machen.

Titelbild

Foto von Pixabay von Pexels: <https://www.pexels.com/photo/low-angle-photography-of-grey-and-black-tunnel-overlooking-white-cloudy-and-blue-sky-210158/>

Disclaimer: Maßnahmen/Aussagen sind in zehn Sitzungen des Fachrats erarbeitet worden. Die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind ausschließlich die der Autor:innen und stellen nicht unbedingt die offiziellen Ansichten der Organisationen da, die sie vertreten. Je nach fachlichem Schwerpunkt, sind Mitglieder nur zu bestimmten Themen sprechfähig.

Urheberrecht

© ZOE Institut für zukunftsfähige Ökonomien 2023 (als rechtlicher Träger des Fachrats)

Kontext: Finanzierungslücke gefährdet aufkeimende Investitionsdynamik

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wackelt die Finanzierung wichtiger deutscher Investitionsprogramme. Die Entscheidung gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie. Jährliche Notlagenkredite adressieren dieses Problem **kurzfristig**. Um Deutschland wirtschaftlich stark zu positionieren, sind **langfristige und verlässliche Lösungen** für neuen fiskalischen Spielraum erforderlich.

- **Ausgangssituation.** Deutschland hat bereits wirtschaftspolitische Chancen in zukunftsfähigen Technologien verpasst. Dazu zählen insbesondere die Solarbranche und der Umstieg der deutschen Automobilindustrie auf E-Mobilität. Abbildung 1 zeigt die abnehmende Bedeutung der deutschen Automobilbranche an der globalen Produktion. Dementgegen ist es gelungen, bei neuen Trends im grünen Anlagenbau¹, der Wärmepumpenproduktion und der grünen Stahlerzeugung eine neue Aufbruchstimmung zu schaffen.² Trotz der wirtschaftlich angespannten Lage, kündigten zahlreiche deutsche Unternehmen Investitionen an. Sie reagierten damit auf Klimaschutzverträge, Investitionsförderungen und Wärmepumpenhochlauf. Das entstehende Momentum bietet das Potential, Transitionsrisiken zu vermeiden, zukünftige Wertschöpfungspotentiale zu erschließen und Unternehmen auf steigende CO₂-Preise vorzubereiten.³
- **Risiko.** Die fehlende Finanzierung der Investitionsförderung durch den Klimatransformationsfonds (KTF) und den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) gefährdet diese Dynamik. Dabei geht es gerade jetzt darum, die Chance zu nutzen und Deutschlands Stärken als Wissens- und Innovationsstandort im Anlagen- und Maschinenbau auszubauen und in globalen Märkten für grüne Technologien eine gute Position zu sichern.
- **Ziel.** Investitionsförderungen, Klimaschutzverträge und Nachfrageförderungen (z.B. Zuschüsse zum Heizungstausch) schaffen die notwendige Planungssicherheit für die Mobilisierung von 461 Mrd. € privater Investitionen in Produktionskapazitäten zukunftsfähiger Technologien. Sie bilden einen zentralen Beitrag für die Stärkung des Industriestandorts, insbesondere des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus und der Vermeidung von Transitionsrisiken.
- **Fazit.** Das Urteil sollte als Weckruf dienen, den Haushalt so zu modernisieren, dass er langfristig notwendige Zukunftsinvestitionen ermöglicht, Unternehmen Planungssicherheit gibt und Zukunftsprojekte in Deutschland auf ein solides und stabiles Fundament stellt.

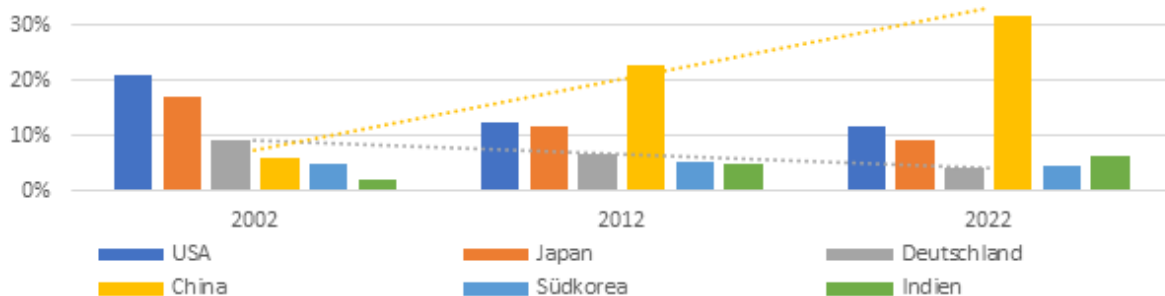


Abbildung 1: Marktanteil deutscher Hersteller in der globalen Automobilproduktion als Beispiel für das Verpassen relevanter Trends in der Automobilbranche (OICA, 2022)⁴

Haushaltskürzungen vergrößern die bestehende Investitionslücke

Schon vor dem Urteil des Verfassungsgerichts gab es keine ausreichende Finanzierungsgrundlage für Investitionsprojekte. Bis 2050 bestehen Mehrinvestitionsbedarfe von 462,1 Mrd. € für eine zukunftsfähige Industrie, wie Abbildung 2 zeigt.

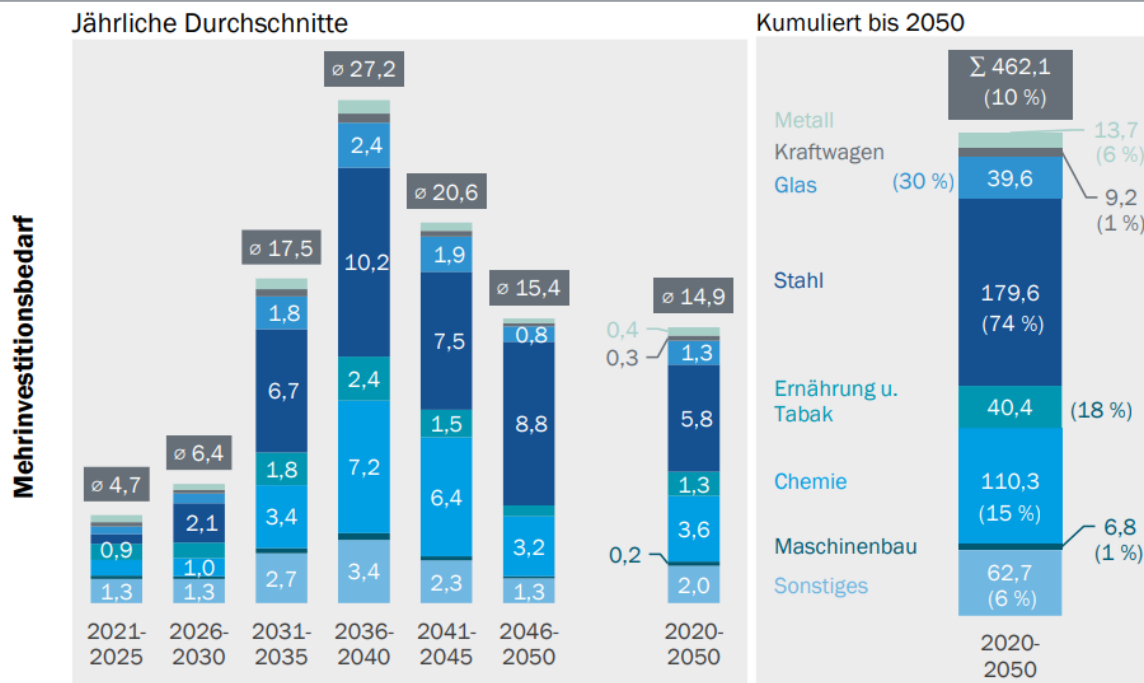


Abbildung 2: Grobabschätzung der Investitionsbedarfe im Sektor Industrie nach Betreffnissen. Mehrinvestitionen im jährlichen Durchschnitt über verschiedene Zeiträume (links) sowie als kumulierte Summen bis 2050 (rechts), in Mrd. Euro (real) und als Anteil an den jeweiligen Gesamtinvestitionen in Klammern. (KfW, 2021)⁵

Das wird auch am Beispiel der **industriellen Prozesswärme** deutlich, welche nur einen Bruchteil der Investitionen ausmacht. Insgesamt sind Investitionen von rund 19 Mrd. € erforderlich, um Industrieanlagen auf erneuerbaren Energien umzustellen.⁶ Bei einem Fördersatz von 40 – 60 %, wie unter der „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ vorgesehen, entspricht dies einem Fördervolumen von rund 8 – 12 Mrd. €. Die veranschlagten Mittel des KTF lagen jedoch bei 5 Mrd. €.

Im Folgenden stellen wir zehn Handlungsoptionen vor, die die Finanzierungslücke schließen können. Wir bewerten diese nach ihrer kurzfristigen Umsetzbarkeit, sozialen Auswirkungen, politischer Mehrheitsfähigkeit, und ihren Beiträgen zur Stärkung der kurzfristigen oder langfristigen Wettbewerbsfähigkeit.

Handlungsoptionen für die Schaffung von fiskalischem Spielraum

Tabelle 1: Bewertung der Handlungsoptionen bezüglich ihres jährlichen finanziellen Volumens, der zeitlichen Umsetzbarkeit, sozialen Progressivität, erwarteten politischen Mehrheitsfähigkeit (in Relation zu nötigen Mehrheiten) und Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit (kurz-/langfristig)

	Hebel	Volumen pro Jahr [Mrd. €]	Kurzfristige Umsetzbarkeit	Soziale Progressivität	Politische Mehrheitsfähigkeit	Stärkung kurzfristiger Wettbewerbsfähigkeit	Stärkung langfristige Wettbewerbsfähigkeit
Reform der Schuldenbremse	Anhebung der Schuldengrenzen	47	Mittel	Neutral	Niedrig	Neutral	Neutral
	Goldene Regel	54	Hoch	N/A	Mittel	Hoch	Hoch
	Änderung der Konjunkturkomponente	28	Hoch	Neutral	Hoch	Neutral	Neutral
Restrukturierung der Ausgabenseite	Umstrukturierung der Ausgaben	-	Hoch	N/A	Hoch	N/A	N/A
	Abbau umweltschädlicher Subventionen	21	Mittel	N/A	Mittel	Mittel	Hoch
Neue Einnahmequellen	Erhöhung des nationalen CO ₂ Festpreises	14-35	Hoch	Niedrig	Mittel	Mittel	Hoch
	CO ₂ Preis & Klimageld	3,5-8,75	Mittel	Hoch	Mittel	Mittel	Hoch
	Superreichensteuer	38	Mittel	Hoch	Niedrig	Neutral	Neutral
	Erbschaftssteuer	0,5-4	Hoch	Hoch	Niedrig	Neutral	Neutral
	Steuerflucht entgegenwirken	5,7-100	Niedrig	Hoch	Hoch	Neutral	Neutral

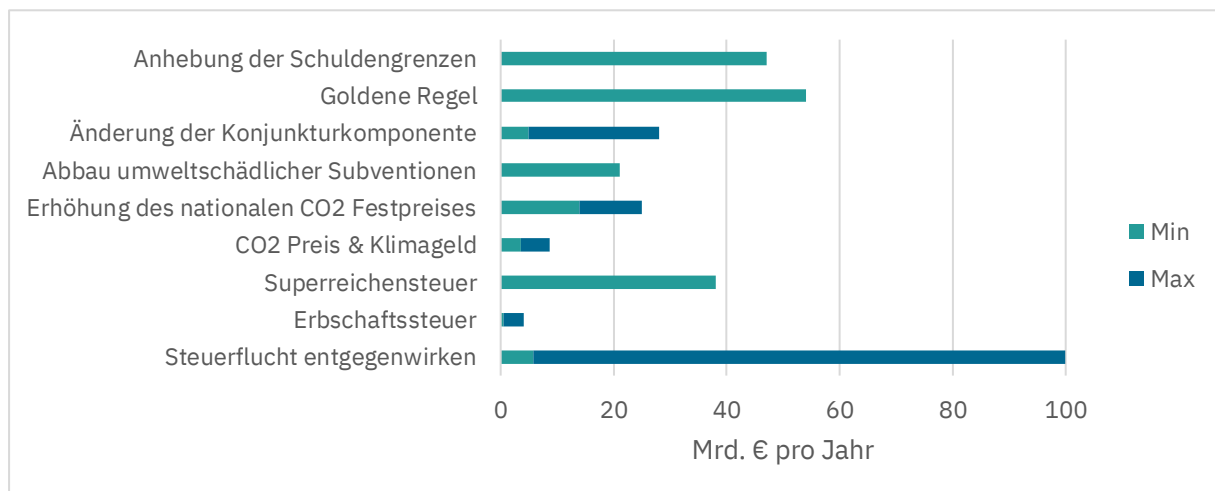


Abbildung 3: Geschätzter zusätzlicher jährlicher fiskalischer Spielraum der Handlungsoptionen in Mrd. €

Investitionsspielraum durch Reform der Schuldenbremse

Die Schuldenbremse ist in Artikel 109 des Grundgesetzes verankert und zielt darauf ab, dass die öffentlichen Haushalte langfristig ohne strukturelle Neuverschuldung auskommen. Sie begrenzt die Nettokreditaufnahme auf jährlich 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Handlungsoption 1: Anhebung der Schuldengrenze

- Erhöhung der im Grundgesetz festgelegten Obergrenze für neue Kredite (0,35 % des BIP), um bei anhaltendem Wirtschaftswachstum mehr Spielraum für Kreditaufnahmen zu ermöglichen.
- **Vorteil:** Höhere Neuverschuldung kann die Staatsschuldenquote langfristig senken. Anhebung der Schuldengrenze auf 1,5 % des BIP erlauben zusätzliche 47 Mrd. € im Haushalt.⁷
- **Nachteil:** Erfordert Grundgesetzänderung und stößt auf Widerstand von einigen Bundesparteien.

Handlungsoption 2: Wiedereinführung der „goldenen Regel“

- Umgestaltung der Schuldenbremse, sodass neue Kredite zweckgebunden für Investitionen eingesetzt werden können, anstatt unbestimmt für verschiedene Ausgaben zu dienen.
- Das Finanzierungsvolumen kann sich hierbei am zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf orientieren, dieser Betrag 2019 für das Jahrzehnt 2020 – 2030 mindestens 457 Mrd. €, also 45,7 Mrd. € pro Jahr.⁸ Dies entspricht inflationsbereinigt in etwa 54 Mrd. € pro Jahr ab dem Jahr 2024 bis 2030.
- **Vorteil:** Langfristige Lösung, die eine größere Flexibilität für Investitionsprojekte zulassen würde.
- **Nachteil:** Erfordert klare Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben sowie eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Handlungsoption 3.A: Änderung der Berechnungsmethode der Konjunkturkomponente

- Die aktuelle Berechnung der wirtschaftlichen „Normallage“ für die Schuldenbremse wurde vielfach kritisiert und ließe sich durch eine Überarbeitung der Schätzungsmethode des Produktionspotenzials modernisieren.^{9 10}
- **Vorteil:** Eine Reform der Berechnung könnte je nach Berechnungsmethode einen zusätzlichen Spielraum von bis zu 28 Mrd. € im Jahr 2024¹¹ ermöglichen. Dies erfordert keine Grundgesetzänderung.
- **Nachteil:** Keine

Modernisierung der Ausgabenseite

Handlungsoption 4: Umstrukturierung der Ausgaben

- Für die Bahn-Infrastruktur gibt es eine Finanzierungslücke von 12,5 – 25 Mrd. € bis 2027. Anstatt Zuschüssen wäre eine Eigenkapitalausstattung im gleichen Volumen möglich.
- **Vorteil:** Ermöglicht eine Unterstützung der Bahn als staatliches Unternehmen, die nicht im Haushalt erscheint und somit an der Schuldenbremse vorbeigeht.
- **Nachteil:** Ist lediglich eine Umstrukturierung, schafft aber keinen zusätzlichen fiskalischen Spielraum.

Handlungsoption 5: Abschaffung überflüssiger, unwirksamer und klimaschädlicher Staatshilfen

- Die Aufhebung des Privilegs für Dienstwagen, die Befreiung von der Kerosinsteuer und die steuerlichen Vergünstigungen für Dieselmotoren schaffen nicht nur fiskalischen Spielraum, sondern setzen das Vorhaben der Bundesregierung „überflüssige, unwirksame und umwelt- sowie klimaschädliche“ Subventionen abzubauen um, wie im Koalitionsvertrag festgehalten.¹²
- **Vorteile:** Neben Treibhausgasminderungen ergeben sich dadurch Mehreinnahmen in Höhe von knapp 21 Mrd. €. 2021 beliefen sich die Kosten für das Dieselpriorität auf 8,19 Mrd. €, das Dienstwagenprivileg auf 4,39 Mrd. € und die Energiesteuerbefreiung für Kerosin auf 8,3 Mrd. €. ^{13 14}
- **Nachteile:** Könnte die Arbeitsplatzattraktivität möglicherweise mindern und die Preise für Flugreisen steigern.

Neue Einnahmequellen

Handlungsoption 6: Erhöhung des nationalen CO₂-Festpreises

- Deutschland hat einen nationalen CO₂-Handel für den Verkehrs- und Wärmesektor etabliert, der derzeit bei 30 € pro Tonne liegt und schrittweise ansteigen soll. Ab 2027 ist geplant, dass der Emissionshandel europaweit im ETS II geregelt wird, mit einem durchschnittlichen Preis von 150 € pro Tonne CO₂ zwischen 2027 und 2032. Zur Erleichterung dieses Übergangs und um drastische Preisanstiege zu verhindern, könnte der nationale CO₂-Festpreis angehoben werden.¹⁵
- **Vorteile:** Bei einem kurzfristigen Anstieg auf 60 € pro Tonne CO₂ könnten staatliche Einnahmen von 14 Mrd. € erzielt werden. Mittelfristig könnte ein durchschnittlicher Preis von 150 € pro Tonne CO₂ jährlich staatliche Einnahmen von etwa 35 Mrd. € generieren.¹⁶
- **Nachteile:** Ohne flankierende Maßnahmen sind CO₂-Preise sozial regressiv und riskieren die soziale Unterstützung für die Transformation zu untergraben. Insbesondere steigende CO₂-Preise im Verkehrs- und Heizsektor belasten Haushalte mit niedrigem Einkommen stärker als wohlhabendere Haushalte. Daher sind begleitende soziale Ausgleichsmechanismen von entscheidender Bedeutung, um negative Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte zu mildern.

Handlungsoption 7: Erhöhung des CO₂-Festpreises und Einführung des Klimageldes

- Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien die Einführung des Klimageldes beschlossen, das eine Pauschalauszahlung des Staates an Verbraucher:innen darstellt, um den Anstieg der CO₂-Bepreisung auszugleichen. Wenn 75 % der zusätzlichen Einnahmen höherer nationaler CO₂-Bepreisung als Klimageld ausgezahlt werden, verbleiben 25 % für Investitionsprojekte.
- **Vorteile:** Potenzielle Auszahlung von 127 bzw. 316 € pro Kopf als Klimageld¹⁷, wenn der CO₂-Preis auf 60 bzw. 150 € pro Tonne angehoben wird und 75 % als Klimageld ausgeschüttet wird. Dem Staat blieben in diesem Szenario etwa 3,5 Mrd. bzw. 8,75 Mrd. € pro Jahr als Mehreinnahmen.
- **Nachteile:** Der verbleibende fiskalische Spielraum für Investitionsprojekte ist verhältnismäßig begrenzt, was potenzielle Einschränkungen bei der Finanzierung wichtiger Projekten bedeutet.

Handlungsoption 8: Superreichensteuer

- Vermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt, die untere Hälfte der Vermögensverteilung besitzt nur ein Prozent der Vermögen.¹⁸
- **Vorteile:** Das Aufkommen einer Steuer auf das Vermögen des reichsten Prozents beträgt nach Schätzungen je Prozentpunkt Steuersatz ein Prozent des BIP.¹⁹ Für Deutschland wären das etwa 38 Mrd. € pro Jahr. Vermögenssteuern wirken sich auch positiv auf die Verteilung der Transitionsbelastungen aus: Im Jahr 2019 verursachte das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung mehr als 15-mal so viel CO₂ wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.²⁰
- **Nachteile:** Die Bewertung von Vermögenswerten wie Immobilien, Kunstwerken oder Unternehmen kann komplex sein. Die Besteuerung solcher nicht liquiden Vermögenswerte kann in manchen Fällen zudem Liquiditätsprobleme auslösen.

Handlungsoption 9: Erbschaftssteuer

- Bei einem Flat-tax Modell gilt eine breite Bemessungsgrundlage mit einem einheitlichen und geringen Steuersatz. Zugleich greifen umfangreiche Freibeträge und Verschonungsregeln.
- **Vorteile:** Da eine Bewertung von Vermögensgegenständen nicht jährlich, sondern im besten Fall nur einmal pro Generation erfolgen muss, sind die Erhebungs- und Befolgungskosten bei der Erbschaftsteuer deutlich geringer als bei Vermögenssteuern. Pauschale Freibeträge und langfristige zinslose Stundungen könnten bürokratischen Aufwand verringern und Unsicherheiten beseitigen. Je nach konkreter Ausgestaltung ergeben sich dadurch staatliche Mehreinnahmen von 0,5 – 1 Mrd. € bei einem Steuersatz von 10 % bzw. 4 – 6,5 Mrd. bei einem Steuersatz von 15 % pro Jahr.^{21 22}

- **Nachteile:** Die Einführung einer Pauschalsteuer mit breiterer Basis in der Erbschaftssteuer würde nur begrenzte zusätzliche Steuereinnahmen generieren, insbesondere bei Beibehaltung von Freibeträgen wie steuerfreien Übertragungen von selbstgenutzten Immobilien. Eine Erbschaftssteuerreform muss auch die effektive Belastung von Betriebsvermögen berücksichtigen, um negative Auswirkungen auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu vermeiden.

Handlungsoption 10: Steuerhinterziehung und -vermeidung entgegenwirken

- Die globale Mindeststeuer für multinationale Konzerne (15%ige Gewinnsteuererhebung) entfaltet kaum ihr Potenzial, da viele neue Schlupflöcher genutzt werden und dem Staat so Steuereinnahmen entgehen.
- **Vorteile:** Der jährliche Steueraufkommensverlust für Deutschland beträgt 5,7 Mrd. €²³ allein durch Gewinnverlagerungen ins Ausland. Schätzungen zufolge verliert Deutschland insgesamt bis zu 100 Mrd. € jährlich durch Steuerhinterziehung und -vermeidung.²⁴ Die Schließung von Steuerschlupflöchern bringt demokratische Vorteile mit sich, wie Steuergerechtigkeit oder Transparenz.
- **Nachteile:** Steuerhinterziehung vollständig zu vermeiden ist schwer umsetzbar. Es gibt Lücken im Steuergesetz, die von einigen genutzt werden, um Steuern zu umgehen. Die Nutzung ausländischer Steueroasen ermöglicht es, Steuern zu minimieren oder zu vermeiden und ist schwer zu kontrollieren. Steuerbehörden haben oft begrenzte Mittel, um Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen.

Bibliografie

- ¹ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2023): Maschinen- und Anlagenbau. Online verfügbar unter <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/Industrie/branchenfokus-maschinen-und-anlagenbau.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2023.
- ² Agora Industry (2023): Global Steel Transformation Tracker. Online verfügbar unter <https://www.agora-industry.org/data-tools/global-steel-transformation-tracker>, zuletzt geprüft am 29.11.2023.
- ³ Bolton, Patrick; Despres, Morgan; Pereira da Silva, Luiz Awazu; Samama, Frédéric; Svartzman, Romain (2020): The green swan: Central banking and financial stability in the age of climate change. Studie der Bank for International Settlements. Online verfügbar unter <https://www.bis.org/publ/othp31.pdf>
- ⁴ Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles (OICA) (2023): Homepage. Online verfügbar unter <https://www.oica.net/>
- ⁵ Prognos AG (2021): Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland. Erstellt im Auftrag von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Online verfügbar unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/Green-Finance-und-Klimaneutralitaet.pdf>
- ⁶ Eigene Berechnungen auf Basis von Fleiter et al. (2023): CO₂-neutrale Prozesswärmeerzeugung. Umbau des industriellen Anlagenparks im Rahmen der Energiewende: Ermittlung des aktuellen SdT und des weiteren Handlungsbedarfs zum Einsatz strombasierter Prozesswärmeanlagen (in Veröffentlichung).
- ⁷ Beznoska, Martin; Hentze, Tobias; Rietzler, Katja; Werding, Martin (2023): IW-Trends no. 3: Forum. Herausforderungen für nachhaltige Staatsfinanzen. Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Online verfügbar unter <https://www.iwkoeln.de/studien/martin-beznoska-tobias-hentze-herausforderungen-fuer-nachhaltige-staatsfinanzen.html>
- ⁸ Bardt, Hubertus; Dullien, Sebastian; Hüther, Michael; Rietzler, Katja (2019): IW-Policy Paper 10-19. Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Online verfügbar unter <https://www.iwkoeln.de/studien/hubertus-bardt-michael-huether-investitionen-ermoeneglichen.html>
- ⁹ Deutsche Bundesbank (2022): Die Schuldenbremse des Bundes: Möglichkeiten einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung. Monatsbericht April 2022. Online verfügbar unter <https://www.bundesbank.de/resource/blob/889644/ecd0c4b6a1da711d8df1fd446561fb63/mL/2022-04-schuldenbremse-data.pdf>
- ¹⁰ Schuldenbremse.info (2023): Einleitung – Die deutsche Schuldenbremse. Online verfügbar unter <https://schuldenbremse.info/>, zuletzt geprüft am 29.11.2023.
- ¹¹ Krebs, Tom (2023): Zeitenwende: Wie wir unsere Wirtschaft und das Klima retten. FES diskurs. Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20716.pdf>
- ¹² Bertelsmann Stiftung (2023): Reform umweltschädlicher Subventionen Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft und Wirtschaft. Online verfügbar unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/reform-umweltschaedlicher-subventionen>.
- ¹³ Umweltbundesamt (2021): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/umweltschaedliche-subventionen-in-deutschland#umweltschaedliche-subventionen>, zuletzt geprüft am 29.11.2023.
- ¹⁴ Zerzway, Florian; Beermann, Ann-Cathrin; Fiedler, Swantje; Runkel, Matthias; Bohnenberger, David (2021): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland: Fokus Biodiversität
Wie schädliche Anreize die biologische Vielfalt gefährden. Herausgegeben vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Deutscher Naturschutzring (DNR). Online verfügbar unter http://www.dnr.de/sites/default/files/Publikationen/2021-05-11_FOES-Subventionen_Biodiversitaet.pdf

¹⁵ Agora Energiewende (2023): Der CO₂-Preis für Gebäude und Verkehr. Online verfügbar unter <https://www.agora-energiewende.de/publikationen/der-co2-preis-fuer-gebaeude-und-verkehr>, zuletzt geprüft am 29.11.2023.

¹⁶ Agora Energiewende (2023): Der CO₂-Preis für Gebäude und Verkehr. Online verfügbar unter <https://www.agora-energiewende.de/publikationen/der-co2-preis-fuer-gebaeude-und-verkehr>, zuletzt geprüft am 29.11.2023.

¹⁷ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2023): CO₂-Bepreisung: Klimageld würde insbesondere einkommensschwachen Haushalten helfen. Pressemitteilung vom 7. Juni 2023. Online verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.874267.de/co2-bepreisung_klimageld_wuerde_insbesondere_einkommensschwachen_haushalten_helfen.html, zuletzt geprüft am 29.11.2023.

¹⁸ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2023): Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern. DIW Wochenbericht 50/2021. Online verfügbar unter https://www.diw.de/de/diw_01.c.831678.de/publikationen/wochenberichte/2021_50_1/grunderbe_und_vermoegensteuern_koennen_die_vermoegensungleichheit_verringern.html, zuletzt geprüft am 29.11.2023.

¹⁹ Saez, Emmanuel; Zucman, Gabriel (2022): Wealth Taxation: Lessons from History and Recent Developments. In: 58 AEA Papers and Proceedings 2022, 112: 58–62. <https://doi.org/10.1257/pandp.20221055>

²⁰ Lorek, S. et al. (2021): Equitable 1.5-Degree Lifestyles – How socially fair policies can support the implementation of the European Green Deal Policy Brief #1. ZOE-Institute for future-fit economies. Online verfügbar unter https://zoe-institut.de/wp-content/uploads/2023/09/ZOE_1-5-Degree_Policy_Equitable_Lifestyles_WEB_211221_2.pdf

²¹ Beznoska, Martin; Hentze, Tobias (2021): IW-Policy Paper 18/21: Eine Abschätzung des Potenzials der Erbschaftssteuer zur Entlastung des Faktors Arbeit. Online verfügbar unter https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy_Paper_2021_Potentiale-Erbschaftssteuer.pdf

²² Jirmann, Julia (2023): Eckpunkte einer Reform der Erbschafts- und Schenkungsteuer - Netzwerk Steuergerechtigkeit. Netzwerk Steuergerechtigkeit. Online verfügbar unter https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2023/10/EUS_Reformvorschlag_Erbschaftsteuer.pdf

²³ Fuest, C. et al (2021). Gewinnverlagerung deutscher Großunternehmen in Niedrigsteuerländer – wie hoch sind die Steueraufkommensverluste?, ifo Institut, München. [Gewinnverlagerung deutscher Großunternehmen in Niedrigsteuerländer – Wie hoch sind die Steueraufkommensverluste? | Publikationen | ifo Institut](#), zuletzt geprüft am 30.11.2023.

²⁴ Hans Böckler Stiftung (2012): Steuerhinterziehung kostet 100 Milliarden, Ausgabe (10/2012), [Steuerrückziehung kostet 100 Milliarden - Hans-Böckler-Stiftung \(boeckler.de\)](#) zuletzt geprüft am 30.11.2023.